

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten  
frei ins Haus monatlich 300 Mark.  
Bestellungen nehmen die Auszüge  
und für Ruandertage die Postanstalten  
entgegen. — Erhalten monatlich.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 53.  
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Bezugspreis für die Reichs-Postanstalten  
Bezugspreis für Anzeigen 200 Mark und  
Umsatz 10.000 Mark, ausserhalbige  
Anzeigen 17.000 Mark, Reichs-Postanstalten  
20.000 Mark. Bei ordnungsgemäßer  
Einsendung an entsprechender Kabell.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 250

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

17. Jahrgang

**Die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert bis 30. Juni 1925 wurde mit 314 — also mit weit mehr als der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit — in der Sitzung des Reichstages vom 24. Oktober angenommen.**

### Aktive Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftspolitik des Reichswirtschaftsministeriums wird mehr und mehr zu einer Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Die Devisennotverordnung ist ein gefährliches Symptom für ein Spiel mit wirtschaftlichen Kräften seitens des Ministeriums, dessen Aufgabe es sein soll und muß, den Ruhezustand der Zusammenwirkung der wirtschaftlichen Kräfte zu sichern und zu steigern. In Zeiten schwerer Wirtschaftsnote, im Anfangsstadium einer schweren innerwirtschaftlichen Krise muß mehr denn je die Wirtschaftspolitik von kluger Sachlichkeit beherrscht sein, darf sie nicht Dienerin der mißleiteten, von Parteipropaganda verführten öffentlichen Meinung sein. Der demokratische Staat wird schwer darunter leiden, wenn wir das Wesen der Demokratie darin erblicken, das politische und wirtschaftliche Handeln von der Strafe bestimmen zu lassen. Mut und zielstrebige Energie brauchen wir heute in Deutschland, um der Aufgaben Ebert werden zu können, die uns in den nächsten Monaten bevorstehen. Mut und Zielstrebigkeit sind aber leider die Eigenschaften, nach denen man vergeblich im Reichswirtschaftsministerium sucht.

War die Devisennotverordnung von Anfang an dazu verurteilt, nach jeder Richtung hin ein völliges Fiasko zu erleiden, wurde ihre Auswirkung in einer qualvollen Tragikombi in der letzten Woche vor der Weltbühne unter dem Hohnlächeln aller unläuteren Elemente dargestellt, so scheint sich leider das Reichswirtschaftsministerium mit diesem zweifelhaften Ruhm nicht begnügen zu wollen. Es kämpft mit großer Energie für die Verwirklichung seines Planes, Goldschahawechsel mit kurzfristiger Laufzeit auszugeben, um für den inneren Wirtschaftsverkehr ein wertbeständiges Anlage- und Reservepapier zu schaffen. Artikel 248 des Versailler Vertrages bestimmt, daß unter Vorbehalt von Abänderungen, die seitens der Reparationskommission bewilligt werden könnten, alle Vermögenswerte und Einnahmewerten des Reiches und der Länder für die sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen Deutschlands haften. Es ist hervorzuheben, daß die Vorbehaltsklausel feinerzeit von der deutschen Friedensdelegation beantragt und durchgesetzt wurde. Voraussetzung für jede wertbeständige Schahawechselung oder Anleihe ist die Sicherung durch von der Geldentwertung innerlich unabhängige, automatisch mit ihr steigende Beziehungswerte fallende Einnahmen des Reiches. Voraussetzung solcher Sicherung ist die Freigabe solcher Einnahmeweise des Reiches seitens der Reparationskommission. Ohne Einbeziehung der sich aus Artikel 248 des Versailler Vertrages ergebenden Auswirkung gibt es keine Goldanleihe oder Goldschahawechsel von Wertbeständigkeit. Das Gold solcher Schahawechselungen würde auf die Namensführung beschränkt bleiben. Wo liegt etwa eine Sicherheit solcher Schahawechselungen ohne Beachtung des Artikels 248 und der Zurverfügungstellung bestimmter Steuern? Man kann heute ein Papier ausgeben mit Goldnamen, und festem Kurs gegenüber der Papiermark. Man kann auch zusagen, daß man je nach der Laufzeit der Schahawechsel in drei oder sechs Monaten die Papiermarksumme zahlt, die dem Goldmarkwert des Wechsels dann entspricht. Kann man aber solche Zusagen einhalten? Angenommen, die Ausgabe solcher Wechsel erfolgt zu einem der inneren Kaufkraft der Mark entsprechenden Kurs: ein 1000-Goldmarkwechsel soll z. B. 200 000 Papiermarkwechsel kosten, bis zum Einlösungstermin ist ein weiterer Fall der Mark erfolgt und man hätte 800 000 Papiermark zuzuzahlen, woher will man die Differenz nehmen? Entweder das Reich schafft sich eine Devisenreserve oder das Reich beschließt nach Noten zu drucken. In beiden Fällen aber das große Fragezeichen: was sagt die Reparationskommission? So, wie das Reichswirtschaftsministerium die Dinge ansieht, geht es nicht. Auch hier gegenüber einem gefunden Gedanken statt sachlicher Prüfung und Durchsicht — Spielerei.

Grundätzlich sei in diesem Zusammenhang folgendes in Stichworten zusammengestellt, was Wesen und Inhalt aktiver deutscher Wirtschaftspolitik sein muß:

1. Ausnutzung jeder Möglichkeit, die Reparationsrevision zu beschleunigen.
2. Steigerung des Ruhezustandes der deutschen volkswirtschaftlichen Arbeit durch Ausschaltung aller gesetzlichen Bestimmungen, die einen Zerstoß von Arbeits-

kräften bedeuten, durch gesetzliche Einstellung des gesamten Entlohnungssystems auf eine direkte Beziehung zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsentlohnung.

3. Stärkste positive Förderung der deutschen Ausfuhr, Einstellung aller für den Inlandsmarkt nicht dringend benötigten Kräfte auf das wesentliche Ziel: Aktivierung der Handelsbilanz.

4. Klärung des Urteils des Auslandes und des Inlandes über unsere tatsächliche wirtschaftliche Lage durch Schaffung einer stabilen Rechnungseinheit für das gesamte Wirtschaftsleben und durch rückhaltlose Offenheit in der Darlegung der Voraussetzungen, auf denen sich staatlicher und privatwirtschaftlicher internationaler Kredit aufbauen kann.

5. Vorbereitung aller Maßnahmen für eine Stabilisierung der deutschen Währung im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems, ohne die jeder Stabilisierungsversuch erfolglos sein muß.

### Reichstag.

Entgegen alle Erwartung hat der Reichstag gestern doch die in Aussicht genommene Pause bis zum 7. November eintreten lassen. Eigentlich bestand die Vermutung, daß die zwischen der Regierung und den Parteien auf demokratische Anregung eingeleitete Besprechung über die Politik des Reiches ein weitertagendes Parlament wünschenswert erscheinen lassen werde. Man sprach auch davon, daß der Reichstagspräsident selbst das dringende Verlangen habe, sozusagen vom Reichstag (Ständemandat) sich von neuem bestätigen zu lassen. Man hat sich aber gestern in erneuten Besprechungen doch dahin entschieden, daß es besser sein werde, die Klärung der Lage frei von dem doppelten Druck des Parlaments und der Presse zu suchen. Man will damit der Gefahr der Krisenmacher begegnen und diese Absicht ist ja wohl auch zu loben. Auf der gestrigen Tagesordnung standen zunächst mehrere kleine Anträge. Dann kündigte die Regierung an, daß dem Reichstag demnächst eine Denkschrift über die Ausbreitungen der Befehlstruppen zugehen werde. Die Besprechung einer Interpellation Weich (Dem.) über die gesetzliche Regelung der Lehrerbildung wird in der üblichen Frist beantwortet werden. Die weitere Aussprache galt dann den Vorlagen über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und den Schlußabstimmungen zum Entwurf über die Angestelltenversicherung und über das Umlagegesetz. Das Haus war ständig gut besetzt, da wiederholt namentliche Abstimmungen vorgenommen wurden und da man über die Vorgänge hinter den Kulissen auf dem Laufenden bleiben wollte. Man mußte zwischendurch sogar eine neue Sitzung anberaumen, weil zunächst die Tagesordnung in ziemlich raschem Tempo aufgearbeitet wurde. Bei den Schlußabstimmungen über die Amtsdauer des Reichspräsidenten inszenierten die Abgeordneten Koenen und Ledebour eine kleine Komödie, indem sie Wiederaufnahme der Aussprache verlangten; das selbe Spiel wiederholten sie bei der Schlußabstimmung über die Umlageanlage. In beiden Fällen hatten sie selbstverständlich einen glatten Mißerfolg auf der ganzen Linie, da jedermann die Absicht merkte.

Die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten Ebert wurde mit 314 gegen 76 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen. Damit war die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erreicht. Die Abstimmung über das Umlagegesetz ergab ein Verhältnis von 236 Ja-Stimmen gegen die 100 Nein-Stimmen der Sozialdemokratie. Dann trat die Vertagung ein und es soll dem Präsidenten Loeb überlassen bleiben, die Tagesordnung der Sitzung am 7. November festzusetzen. Inzwischen wird also festgestellt werden müssen, wie sich die Politik des Reiches gestalten soll und auf welche Parteikonstellation sich die Regierung stützen kann.

### Empfang beim Reichspräsidenten.

Anschließend an die Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925 begab sich Reichstagspräsident Ebert in Begleitung des Reichstagspräsidentenabtes in die Begleitung des Reichstagspräsidentenabtes mit den Reichspräsidenten Dietrich, Bell, Dittmar und Kießer zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm Mitteilung vom dem Beschluß des Reichstages zu machen. Beim Reichspräsidenten waren bereits der Reichstagspräsident und der Reichsminister des Innern anwesend. Der Reichstagspräsident richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, auf die dieser erwiderte. Zum Zeichen der Beendigung des provisorischen Zustandes wurde auf dem Gebäude des Reichspräsidenten dessen Standarte gehißt, die nunmehr bei seiner Anwesenheit ständig gehißt wird. Eine halbe Stunde später machte der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten einen Gegenbesuch.

### Das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Der Reichsrat genehmigte einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Ruhegehaltes für den Reichspräsidenten, und zwar im ersten Jahre nach seinem Ausscheiden, dem sogenannten Ubergangsjahr, in Höhe von drei Vierteln seiner Bezüge, mit Ausnahme der Repräsentationsgelder, weiterhin der Hälfte der Bezüge. Die Bezüge der Hinterbliebenen werden nach dem Beamten-Hinterbliebenengesetz geregelt. Wird der Reichspräsident vom Staatsgerichtshof eines Verstoßes gegen die Verfassung für schuldig befunden, so können ihm keine Ruhegehaltsgelder oder teilweise aberkannt wer-

den. Das Gesetz bezieht sich nicht nur auf die künftigen, durch Volkswahl gewählten Präsidenten, sondern auch schon auf den gegenwärtigen Präsidenten Ebert.

### Die Verwüstung in den völkischen Wirkköpfen.

Vor dem Mannheimer Schörringergericht ist der Sprengstoffattentäter, der Handgranaten gegen die Mannheimer Börse geworfen hatte, abgeurteilt worden, und in Leipzig hat der Staatsgerichtshof gegen einen Kaufmann verhandelt, der den schönen Namen Goethe führt. In beiden Fällen muß man wieder aufs tiefste entsetzt sein über die schreiende Unwissenheit und törichte Annahme der von den deutschnationalen verwirrten Fluchköpfe. Der Mannheimer Attentäter, der übrigens mit neun Monaten Gefängnis weglang, weil das Gericht Handgranaten nicht als Sprengstoff, sondern als Waffen wußte, erklärte, daß er seine Tat nicht zu bereuen brauche, da es eine „deutsche Tat“ gewesen sei. In Leipzig führte sich der beklagte Goethe, der ebenfalls wie der Mannheimer Attentäter ein Mitglied der Münchener nationalsozialistischen Arbeiterpartei gewesen ist, so frech auf, daß ihm der Vorsitzende eine neue Beleidigungsklage androhen mußte. Er hatte in einer Veriammlung die Regierung insofern beschimpft, als er behauptete, sie bestähe nur aus Lumpen und Schiebern, und er würde in drei Tagen Ebert, Scheidemann, Wirth und Rathenau umbringen, wenn er den Auftrag dazu erhielte. Das Gericht nahm hier nur Beleidigung an und sprach gleichfalls lediglich neun Monate Gefängnis aus. Verurteilt sind in Mannheim wie in Leipzig in Wahrheit natürlich die Führer, obwohl einige Beredsame das Urteil trifft.

### Das Urteil im Rathenau-Prozess gegen Dr. Stein und Kapitänleutnant J. S. Dietrich.

Die Verhandlungen endeten gestern gegen Abend nach vierstündiger Dauer mit der Freisprechung des Angeklagten Dr. Stein. Der selbstvertretende Oberreichsanwalt selbst, der die Anklage erhoben hatte, mußte für Freisprechung plädieren. Die Wahrheitsliebe spreche ferner dafür, daß Kern und Fischer nicht geübt haben, daß die Burg Saalek bewohnt war. Sie hätten wohl auf ihren fluchtartigen Wanderungen die Burg gesehen und sich gesagt, daß sie dort einen Unterschlupf finden würden. In die Burg habe man leicht gelangen können, da die Schlüssel keine Sicherheit boten und der Turm nicht allzu schwer an dem Wächter zu erklimmen sei, wie denn auch zahlreiche Einbrüche in die Burg gerade in der letzten Zeit auf diese Weise verübt worden seien. Daß der Angeklagte um den Aufenthalt der Mörder in seiner Behausung geübt habe, sei nicht erweisbar. Seine offenbar glaubwürdigen Behauptungen sprächen dagegen.

Gegen Kapitänleutnant J. S. Dietrich, der voll gehändig ist, daß er die Anklage und den Ueberzieher, um die Kern und Fischer ihn gebeten hatten, in der Burg niedergelegt habe, obwohl er wußte, daß sie als die Mörder in den Bettungen bezeichnet wurden, beantragte der Oberreichsanwalt neun Monate Gefängnis. Nach längerer Beratung verkündete der Gerichtshof das Urteil. Es lautete konform dem Antrag der Oberreichsanwaltschaft gegen Dr. Stein auf Freisprechung gegen Kapitänleutnant J. S. Dietrich auf sechs Monate Gefängnis. Hinsichtlich Dr. Steins schloß sich der Gerichtshof der Begründung des Oberreichsanwalts an, hinsichtlich Dietrichs führte der Vorsitzende aus, die Beurteilung sei nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 erfolgt.

### Die Erhöhungen der Beamtengehälter.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die Grundgehälter, Ortszuschläge, Kinder- und Frauengzuschläge durchberaten und neu festgesetzt.

Nedner verschiedener Parteien, vor allem solche des Zentrums, wiesen auf die außerordentliche ernste Finanzlage des Reiches und auf die wachsende Schwierigkeit hin, für die Beamtengehälter feuerliche Deckung zu finden. Der Zentrumsgewählte Alkekotte erklärte, daß es möglich sei, in größerem Umfang Entlassungen von Hilfskräften des Beamtenapparates vorzunehmen, da in der Landwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte gebraucht würden.

Hg. Dietrich-Baden (Dem.) wünschte, daß vor allem in der Beamtenschaft Klarheit darüber geschaffen werde, wie unheilvoll es mit unseren Finanzen stehe. Es sei falsch, wenn immer behauptet werde, die Beamten hätten eine gesicherte Stellung. Wenn alles zusammenbräche, seien auch die Privilegien der Beamten berührt. Nur eine Möglichkeit bestände, die laufende

gehenden Uhr.  
Uhren erreichen  
jed. Das Prob-  
sch das Schließ-  
en und amerita-  
nt, die Delle-  
rg, will die Er-  
eranglung der

2.  
n die englische  
Vorkaufes ge-  
eder betreten,  
1? In einer  
worten wieder:  
den diese Frau-  
„Das Frauen,  
ratet sind, mit  
ja selbstver-  
ren Bedenken-  
n, ein trübm-  
ell. Aber es  
au, und diese  
Frage seien  
teillos erlebt  
gewisse Sub-  
gut gekannt  
n — sie wird  
belommen hat,  
aber und der  
ist die Wand-  
genem. Aber  
nie. Erst all-  
au, und diese  
teillich in dem  
räume ihrer  
Sie ist mit  
hat jede et-  
Man haben,  
rt, die andere  
Geld nicht so  
uen auf Erze  
ieder betreten  
daß 90 v. S.  
Borum? Das  
alle in ihrem  
menen Mann  
ehr reinfallen

ergebist lobet ein  
Paul Graf.

wei Aue.  
n. Erbkasse  
Musik.

elstich-  
ren

arte genügt. —  
er Straße 354.



Sollt auf der abschließlichen Wahn zu verlangsamten — die sorgfältige Prüfung, wie man die Ausgaben wieder beden könne.

Angenommen wurde schließlich eine Scala der Grundgehälter, die folgende Steigerungen der Monatsgehälter vorstellt: in Gruppe I von 9700 auf 12800 Mark, in Gruppe II von 10600 auf 14100 Mark, in Gruppe III von 11700 auf 15800 Mark, in Gruppe IV von 12800 auf 17000 Mark, in Gruppe V von 14100 auf 18700 Mark, in Gruppe VI von 15400 auf 20500 Mark, in Gruppe VII von 17300 auf 23000 Mark, in Gruppe VIII von 19600 auf 25900 Mark, in Gruppe IX von 21500 auf 29100 Mark, in Gruppe X von 24400 auf 34000 Mark, in Gruppe XI von 27500 auf 33800 Mark, in Gruppe XII von 32500 auf 47500 Mark, in Gruppe XIII von 42000 auf 62000 Mark. Einzelgehälter ausfallend von 62000 bis 155000 Mark monatlich. Die Ortszuschläge sollen betragen in Klasse I 2400 bis 8000 Mark, in der untersten Klasse II 1200 bis 3000 Mark monatlich. Frauenaufschlag einheitlich für alle Gruppen 1000 Mark pro Monat. Kinderzuschläge unverändert nach der Regierungsvorlage.

Beschlossen wurde ferner, auf die Grundgehälter, Zulagen, Ortszuschläge und Kinderzuschläge zugleich einen Teuerungszuschlag zu gewähren, der für die erste Hälfte Oktober 8 v. H., für die zweite Oktoberhälfte 11 v. H. beträgt.

Der Artikel VII der Befoldungsnovelle schreibt vor, daß die neuen Sätze der Grundgehälter und Ortszuschläge bei der Berechnung der Pensionen für Offiziere nur mit der Maßgabe angewendet werden dürfen, daß sich keine höheren Pensionen ergeben, als sie die nach dem 1. Oktober 1922 pensionierten Offiziere der Wehrmacht bei gleichem Dienstgrad und gleicher pensionsfähiger Dienstzeit unter Zugrundelegung des Offizierspensionsgesetzes erhalten würden. Der Abg. v. Gallwitz (Dr.) beantragte, diese Vorschrift, die wohlverworbene Rechte der Offiziere schmälere, zu streichen. Nach Erörterungen des Regierungsvertreters lehnte der Hausstaatsrat den Antrag Gallwitz ab. Darauf wurden die Befoldungsnovelle und der vierte Nachtrag zum Etat 1922 vom Ausschuss in der Gesamtabstimmung angenommen.

### Die Ueberschichten.

Eine Stimme der Vernunft.

Eine sozialdemokratische Tageszeitung Volks-Willen-Hannover erörtert die Frage der Ueberschichten im Bergbau und betont, daß wir mancher drückenden Not bedoben sein würden, wenn wir über die erforderlichen Rohstoffmengen verfügten, um alle in Deutschland vorhandenen Erzeugungsmöglichkeiten voll auszunutzen zu können. Das Blatt vertritt es, daß angesichts der harten Tatsachen kommunistische Parteimitglieder die Bergarbeiter vom Verfahren von Ueberschichten mit der Begründung abzuhalten suchen, daß die Ueberschichten ausschließlich dem Schwermetall zugute kämen. Es bezeichnet diese Behauptung als eine bewusste Irreführung, weil in Wirklichkeit auch die Arbeiterchaft davon Nutzen zieht, wenn stillliegende Hochöfen wieder angeblasen, brachliegende Ziegeleien wieder in Betrieb gesetzt werden.

Dies wird anerkannt, daß die Unternehmer nicht die alleinigen Nutznießer sind, am allerwenigsten jetzt, wo die größtmögliche Steigerung der Gesamtarbeitsleistung das Gebot der Stunde, der einzige Weg ist, der aus dem Wirrwarr der Gegenwart in eine bessere Zukunft führt. Das sozialdemokratische Organ macht überdies geltend, daß die Arbeiter nicht nur als solche, nicht bloß als Angehörige des deutschen Volkes, sondern auch als Verbraucher von Rohstoffen ein Interesse daran haben, daß, sofern es in den Kräften der Bergarbeiter steht, Ueberschichten verfahren werden.

Aus diesen Aeußerungen klingt eine Stimme der Vernunft, die von den Kommunisten mit ihrem Geschwätz von „Interessen-Solidarität mit dem Gesamtproletariat“

Aberkannt wird und die es doch verdient, daß die besten Arbeiterleistungen auf sie hören.

### Die neuen Postgebühren.

Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium beriet gestern die neue Vorlage über Posttarife und Fernsprechtarife, die am 1. Dezember in Kraft treten soll. Der Reichspostminister begründete die neue Gebührenordnung mit der unaufhaltsam fortschreitenden Marktentwertung und der dadurch hervorgerufenen Höhe aller Betriebs- und Personalkosten. Die Postverwaltung bleibe mit den neuen Gebührenvorschlügen noch so weit hinter der Geldentwertung zurück, daß bei Annahme der vorgeschlagenen Sätze für 1923 noch ein Defizit von 33 Millionen verbleibe. Die Postverwaltung glaube aber dem Volksgang besser zu dienen, wenn die Gebühren nötigenfalls immer wieder erhöht werden als wenn die Steigerung immer nur springhaft vorgenommen werde, daß der ganze Fehlbetrag durch eine einmalige Erhöhung gedeckt werde. Der Verkehrsbeirat stimmte den Ausführungen des Reichspostministers zu. Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktienbriefe, Trauakassen, Ansichtskarten, Geschäftspapiere, Warenproben, Milchsendungen, Päckchen sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten bis 100 Mark 10 Mark und steigen je 5—10 auf 40 Mark. Der Tarifausbau für den Paketverkehr wird in Erfüllung der wiederholt gestellten Anträge dahin geändert, daß die Gebühren unter Selbstachtung der ersten Bestufe bis 5 Kilogramm für die überschreitenden Gewichte von Kilogramm zu Kilogramm gestaffelt werden. Danach kosten Pakete in der Nahzone bis 75 Kilometer bis 5 Kilogramm 60 Mark und steigen bis 10 Kilogramm um 12 Mark für je 1 Kilogramm, von 11—20 Kilometer werden diese Sätze verdoppelt. Die Gebührentarife für Telegramme werden ebenfalls verdoppelt. Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen wird erstens eine Grundgebühr von 20 Mark und zweitens eine Wortgebühr von 10 Mark für jedes Wort, für Orts- und Pressetelegramm 10 Mark Grundgebühr und 5 Mark Wortgebühr erhoben. Beim Postschleppverkehr sollen die Gebühren für Barzahlung mit Postkarten der höheren Postanweisungsgebühr angepaßt werden, die hier auf die Hälfte dieser Gebühren festgesetzt wird. Für bargeldlos bezahlene Zahlarten werden dieselben Gebühren, im Höchstfalle jedoch eine Gebühr von 50 Mark für eine Zahlart erhoben. Für jede von der Zahlstelle den Postkassentagern bargeldlos und für jede an die Abrechnungstellen der Reichsbank bezahlene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages. Für jede Barauszahlung durch die Poststellen der Postkassentagern sowie für die Ueberlieferung eines Schecks durch die Postkassentagern an eine Postanstalt und für die weitere Behandlung des Schecks bei diesen 5 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages. Die Vorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuss zu.

### Kleine politische Meldungen.

Erneute bayrische Krisengerüchte. Die Teuerungsbekämpfung der bayrischen Regierung wird von der gesamten Presse der bayrischen Volkspartei abgelehnt. Der Fraktionsvorsitzender dieser Partei hat die Denkschrift ebenfalls einstimmig abgelehnt und den Parteitag auf Ende dieser Woche einberufen. Er wird vom Freitag bis Sonntag in München tagen. Infolgedessen erneuert sich jetzt die Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Regierungswechsel. Als möglicher Nachfolger des Grafen Lerchenfeld wird der Staatsrat Dr. Karl Meyer genannt, Protestant wie Bayer und Mitglied der bayrischen Volkspartei. Ebenfalls genannt wird der Freiherr Moriz v. Frankenstein. Von dem bevorstehenden Parteitag wird u. a. auch ein Wechsel im Landesvorstand der Partei erwartet.

Frankreichs größere Kohlenförderung. Der Ertrag der Ueberschichten im Verban suchen sich die Franzosen sofort nutzbar zu machen. Sie wurden bisher mit 1,8 Millionen Tonnen Kohlen pro Monat beliefert, fordern aber jetzt eine Erhöhung dieser Tonnanzahl auf 1 Million 825 000 Tonnen. Augenblicklich schweben, wie wir hören, über diese französische Vorberun-

Verhandlungen. Deutschland wird dabei darauf hingewiesen, daß die Ueberschichten dazu eingeführt sind, zunächst Frankreich die vollen Kohlenlieferungen zuzulassen zu können, sodann aber, um der deutschen Industrie die nötigen Kohlen zu verschaffen, die andernfalls fehlgeschlagen würden mühe. Es besteht freilich nicht die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich von seinen Vorberungen absteht.

Die Nepts kommt wieder nach Berlin. Die Reichsregierung hat eine Reihe ausländischer Sachverständiger nach Berlin berufen, um mit ihnen die Frage der deutschen Währung zu erörtern. Nach unseren Informationen werden in den nächsten Tagen u. a. die Bankiers Termentien, Bissinger, Cassel und Reines eintreffen. Gleichzeitig hat die Reparationskommission nach Berlin mitteilen lassen, daß sie wegen der Erörterung der Finanzlage in den nächsten Tagen in Berlin erscheinen werde.

### Von Stadt und Land.

Am. 26. Oktober 1922.

Die Salkoffigkeit der Beschuldigungen gegen den früheren Reichspräsidenten Dr. Grille. Wie erinnert wurde Dr. Grille vom Minister des Innern Lipinski im Sommer d. J. seines Amtes entbunden und an das Oberverwaltungsgericht versetzt, weil er bei der Ermittlung der Mörder des Ministers Rathenau nicht in der erforderlichen Weise eingegriffen habe. Der Fall hat jetzt die Reichsregierung beschäftigt. Auf eine Anfrage des Abg. R. A. über die gegen den Reichspräsidenten Dr. Grille in Dresden erhobenen Anschuldigungen hat der Reichsminister des Innern wie folgt geantwortet: 1. und 2., nachdem die sächsische Regierung amtlich festgestellt hat, daß die gegen Dr. Grille erhobene Beschuldigung einer Verhinderung der Rathenau-Mörder hinsichtlich ist, liegt für die Reichsregierung zu weiteren Erhebungen kein Anlaß vor. 3. ob die Auffassung der sächsischen Regierung, daß Dr. Grille sich durch Vorenthaltung einer für sie wichtigen Nachricht einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht habe, richtig ist, unterliegt nicht der Beurteilung der Reichsregierung, da die Regelung des Verhältnisses zwischen den Ländern und ihren Beamten in dieser Hinsicht ausschließlich Landesache ist.

11. ordentliche Landesynode. Im Laufe der weiteren Verhandlungen über die finanziellen Fragen, insbesondere die Kirchensteuern machte der Präsident des Landeskonfessionsrats Dr. Böhmke in Dresden bedeutungsvolle Mitteilungen über die finanzielle Lage der Landeskirche und die bis herigen Erträge der Kirchensteuer. Da der Landtag im Jahre 1920 die Staatszuschüsse für die Befoldung der Geistlichen in der erforderlichen Höhe verweigert habe und nur Darlehen für die Befoldung der Geistlichen und die Pensionen für die geistlichen Ruhestandler, ihre Witwen und Waisen gegeben habe, sei der Landeskirche eine Schuldenlast von insgesamt rund 148 Millionen Mark erwachsen, die verzinst werden müsse. Die Landeskirchensteuer für 1920 habe die Summe von rund 35 Millionen Mark gebracht. Der Gesamtertrag der jetzt zu erwartenden Kirchensteuern sei von den Finanzämtern nicht zu erfahren gewesen. Leider sei es unmöglich, die Gehälter der Geistlichen in der erforderlichen Höhe der Befoldungsstellen 10 und 11 allgemein sicherzustellen. Nur mit großer Mühe und nur durch Aufnahme hoher Darlehen werde es den Landeskonfessionsrat möglich sein, den Geistlichen ein Mindestgehalt von 10 000 Mark monatlich zu sichern. Das seien trübe Aussichten, aber man müsse der Not offen ins Auge sehen. Er, der Redner, appelliere an die Geduld der Geistlichen. Das Kirchenregiment werde tun, was es könne, um die Geistlichen vor der schwersten Not zu bewahren.

Beamtenhilfe. Nachdem die Staatskassen angewiesen sind, die Novembergehälter der Staatsbeamten, sowie die Oktoberbezüge der Angestellten in der bisherigen Höhe schon vom 27. Oktober ab auszugeben, legt das Ministerium des Innern den Gemeinden und Gemeindeverbänden nahe, ihren Beamten und Angestellten sofort eine gleiche oder ähnliche Hilfe zuzuführen.

Der Ausbau der Gewerbeaufsicht in Sachsen. Im vorigen Monat wurden in Sachsen in der Gewerbeaufsicht neu angestellt an adambischen Kräften: ein Chemiker, ein Arzt, ein Keratin und ein Volkswirtschaftler, ferner zwei Gewerbekontrolleure, drei Handelskontrolleure und zwei Kontrolleurinnen. Drei weitere Gewerbeaufsichtsbeamten werden demnächst angestellt werden. Die nichtadambischen Kräfte sind alle freigeberuflich organisiert, wie das im Freistaat Sachsen wohl auch selbstverständlich ist, bemerkt dazu sehr bezeichnend die sozialdemokratische Dresdener Volkszeitung.

Nach 20 000 Arbeitstagen in Sachsen. Die Zahl der Arbeitstagen ist in Sachsen von 18 000 Anfang September auf 10 075 Anfang Oktober gestiegen, die Zahl der offenen Stellen dagegen im gleichen Zeitraum von 8800 auf 4818 gesunken.

Uebergang zur Fahrpreiserhöhung. Ab 1. November d. J. werden alle Fahrkarten nach Reichsbahnstationen für das Doppelte des aufgedruckten Fahrpreises verausgabt. Es wird

verhätte jede Gegenrede ungehört. Nach einigen vergeblichen Versuchen gab er es auf. Und doch zeigte sie seine Schwelgenhaftigkeit, die sie für ein Gebändnis seiner Schuld hielt, auf das Äußerste. So wühlte sie, unerschütterlich in ihren Vorurteilen, ihren Anklagen, in förmlicher Maseret gegen ihn, gegen sich selbst, die sie endlich völlig fruchtlos zusammenbrach.

In dieser Nacht schliefen beide Gatten nur wenig. Seiner Frau Nummer hatte für Erdröhnungen nur leichtes Gewicht. Über der Woll, die eiserkräftige Erbitterung gegen Dr. Weinber hütete noch lange in ihr nach und hielt ihn hundentlang nach. Dazwischen gaulte das Bild der Beliebten, die heute so unaussprechlich tiefen Eindruck auf ihn gemacht! Mit der nagenden Sehnsucht nach ihr schlief er endlich ein.

Luise erging es noch schlimmer als ihm. Dieses Mannes Verteiligung hatte sie nicht im mindesten zu überzeugen vermocht. Das war der letzte Weinung, daß er trotz alledem Claire nicht, und die Aussicht auf die fernere Seelenpein und Weiden, die ihr diese schon lange gefürchtete Entscheidung noch bringen würde, stand, ein schreckliches Zukunftsbild, brohend vor ihren Augen. So in immenswährenden Hoffenqualen zu leben, täglich Zeuge der verbrecherischen Liebe ihres Mannes sein zu müssen; das hielt sie ja nicht aus, das war unendbar, unmöglich! Sie marterte ihr Hirn die ganze Nacht, ein Mittel zu finden, dieser Vorstellung zu entfliehen. Claire plöcklich entlassen, konnte, durfte sie nicht. Ohne ihres Mannes ganzen Boen auf sich zu laden und den Rest seiner Liebe für sie vollends zu verschlingen; das wußte sie nur zu wohl. Was aber sollte sie sonst tun? Rein veränderter Gebante wollte sich ihr zeigen. Wademar, der jetzt gleich ihrem Manne begehrt schien, würde ihr auch nicht helfen wollen, bräufeln würde sie antworten. Sie waren jetzt alle beide gegen sie!

(Fortsetzung folgt.)

### Baroness Claire.

Original-Roman von M. Herberg. Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

Er wartete noch, bis beide im Hause verschwunden waren. Dann stieg er wieder ein und ließ sich nach seiner Villa in der Viktorienstraße fahren. Nun erst, allein mit sich selbst, konnte er sich rückhaltlos seinen schmerzenden Gedanken hingeben. Es ist kein Zweifel mehr, ich bin auf dem besten Wege, mich rettungslos in dies Mädchen zu verlieben! murmelte er fast zornig. „Aber ist sie auch eines Mannes tieffte Religion wert? Eines Mannes! Was kommt jedoch die eigene Leidenschaft, wenn ihr die Sonne der Erwidderung fehlt? O, daß ich das ergünden könnte! Und wo ist er, wo? In all den Wochen, sagte mir Luise, hat sie weder Besuche gemacht, noch solche empfangen, sprach mit niemand, also —“

Er sann und sann und grübelte darüber nach. Und plötzlich so wie ein greller Blitzstrahl das Dunkel der Nacht erhellt, aberkam ihm die schwindelnde Erkenntnis, daß er selbst, er selbst jener Mann sei! — Ihr eigentümliches Interesse für ihn schon an jenem ersten Abend, ihre häufigen langen Blicke, ihr Erdröten, wenn sie sein Auge traf, waren das nicht sichere Anzeichen feinerer Religion? Auch im ferneren Verkehr mit ihm war ihre Anteilnahme nicht erkalte, sondern verriet sich im Gegenteil durch neue bedeutungsvolle Blicke. Und der heutige Abend gar! Diese holde Befangenheit bei seiner Unterhaltung mit ihr, die dunklen, rätselhaften Blicke, die sie keinem anderen gönnte, sprachen sie nicht berechtigt genug? Wenn anders als ihm, ihm galt ihr himmlischer Befang, ihre seltsamen Liebeslieder? Gewiß, gewiß, nun wurde ihm alles klar. Selbst ihre zornige Erregung, ihre Flucht von seiner Seite, ihre fast feindliche

Abswehr zum Schluß — was war es anderes, als das Straußen der Rose, die ihre Dornen noch einmal gestraucht, ehe sie sich plücken läßt! Den sonst so besonnenen klugen Mann durchschauerte ein heißes, nie gekanntes Kitzelgefühl und bezauberte ihn wie Feuer der Wein. Er ließ die Fenster herab, daß die seltsame Nachtluft die hämmernenden Schläfen kühlte. Vergessend! Der stöhlige Glockenklang ihrer Stimme tönte fort und fort in seinen Ohren, seiner Seele, und vor ihm stand ihre verlockende Gestalt und sah ihn an mit den blickenden, jetzt in erwachter Sehnsuchtslebe feucht schimmernden Augen. Er lehnte sich in die Polster zurück und aberließ sich widerstandslos den Bauberildern seiner geschäftigen Phantasie. So lebendig, so klar war sie, daß er meinte, die Beliebte hier neben ihm zu haben, ihren Atem zu spüren.

Nach und nach wurde er ruhiger, so daß er über ihre beiderseitige Zukunft nachzudenken, sie sich praktisch auszumalen vermochte. Herrgott! Dadurch würde auch Erdröhnens Tollheit gebildet. In meinem Weibe sollte, dachte er nie den Blick erheben! Wie würde ich über ihn, über sie wachen mit nimmermüdem Watteneser! Er mischte während mit den Bäumen bei dem Gedanken, daß er es jetzt noch nicht befähigt, dieses Recht, daß die Beliebte jetzt noch schulplos Erdröhnens verheißender Leidenschaft ausgefetzt sei.

10.

Erdröhnungen hatte am selben Abend, kaum daß er ins Schlafzimmer getreten war, einen furchtbaren Sturm an Ueberschichten. Luise machte ihren, die darin tapfer niedergefallenen und unterdrückten Eifersuchtsqualen durch einen Ausbruch Luft, der alles bisher Tagewesene an Wildheit und Ausdauer übertraf. Er machte diese Hornesluft widerstandslos über sich ergehen lassen, denn in ihrer maglosen, leidenschaftlichen Erregung

ausfingelassen, nächst Frankreich, sodann aber, zu schaffen, die nicht freilich nicht den Forderungen...

Die Reichsregierung nach Berlin den Währung zu...

nd. Oktober 1922. In den früheren... Sommer d. J. Erwaunungsbericht...

der weiteren insbesondere die... der weiteren insbesondere die...

angewiesen sind, mten, sowie die... angewiesen sind, mten, sowie die...

Am vorigen neu angestellt... Am vorigen neu angestellt...

Einigen ver... Einigen ver...

ihm. Stres... ihm. Stres...

Die Sachliche... Die Sachliche...

haben die Gültigkeit der in der Zeit vom 29. bis 31. Oktober...

Erhöhung der Militärverorgungsgebühren. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1922...

Sind Dienstboten marktbrotberechtigt? Diese für viele Haushaltungen wichtige Frage...

Arbeitsjubiläum. Bei der Firma Erdmann Kirchs, hier, feierte heute der Eisenstecher Emil Jodisch...

Schlingengilde. Am letzten Sonntag hielt die Schlingengilde...

Konzerte. Nächsten Freitag gibt der Verein „Hilfstrang“...

Schneberg. Die Wahl des Bürgermeisters Dr. Kleeberg...

Johanngeorgenstadt. Die Verpachtung des Hauptgebäudes...

Langenscheidt. Der Rat hat sich dem Vorschlag des Stadtvorstandes...

Banghennersdorf. Schadenfeuer. Hier brannte die Scheune...

Ortanna. Ungenügende Kartoffelversorgung. Ortanna ist...

Veispitz. Die Vereweiungstat eines 40 Jahre alten Kaufmanns...

Zurückhaltung von Kartoffeln. Die Sachliche Staatsregierung schreibt: In den im...

tragen. Der Reichsernährungsminister erklärte auf den...

Tun auch eine so hervorragend gute Kartoffelernte wie die diesjährige...

Trotz seiner ablehnenden Stellung gegenüber dem Kartoffelmarkt...

Sprechsaal.

Dieses Rubrik dient zum freien Meinungsäußerung unter der Bedingung...

Die freie Arztwahl.

Von der Ortskrankenkasse hier werden und folgende Forderungen...

Die freie Arztwahl für die Mitglieder der Krankenkassen ist eine Forderung...

Letzte Drahtnachrichten.

Das Nationalkomitee für politische Gebiete beim Reichskanzler. Berlin, 25. Oktober...

Nach Stuttgart fordert Frankreich von Deutschland. Paris, 25. Oktober...

London, 25. Oktober. Das neue Kabinett ist gestern abend...

Das Programm der Liberalen in England. London, 25. Oktober...

London, 25. Oktober. Der frühere Schatzkanzler im liberalen Kabinett...

Die schlechte englische Finanzlage. London, 25. Oktober...

Angussummentoch. Budapest, 25. Oktober. Gestern früh stießen zwei Eisenbahnzüge...

Verdrängungskonferenz für Mittelamerika. Paris, 25. Oktober...

Der Dollart notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit 4475.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Seibmann. Druck u. Verlag: Neuer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aus.

Advertisement for wine and books. 'Weiß- und Rotweinflaschen', 'Zeilungen, Zeitschriften und Bücher', 'Diamant's Rohprodukten-Handlung', 'Bahnhofstraße 2'.

# Zwei neue Schritte auf dem Wege der Schuldfrage.

Von Dr. Herbert Eisingmann.

Es gehört zu den wenigen tröstlichen Ereignissen der Gegenwart, daß sich wenigstens in der Frage der Kriegsschuld die Wahrheit mit jedem Tage mehr Bahn bricht, und daß die Zeugnisse aus allen Ländern der Welt über die wirklichen Ursachen der Dinge sich in einer Weise mehren, die selbst den Blinden belehren muß. Während bisher in England wohl nur ein Teil der linksgerichteten Kreise, der Sozialisten und Pazifisten gegen die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg auftraten, hat sich ihnen jetzt eine überaus wichtige Persönlichkeit von rechts hinzugesellt und zwar in Gestalt des britischen Ministers Chamberlain, der in einer der letzten großen Reden öffentlich ein für die Schuldfrage überaus wichtiges Zeugnis abgelegt hat. Chamberlain hat raumwundern zugegeben, daß die Ereignisse im Juli 1914 einen anderen Verlauf genommen hätten, wenn Großbritannien seine Haltung klar und eindeutig präzisieren hätte. Offenbar ist da Chamberlain selbst noch nicht deutlich die außerordentliche Tragweite gerade dieser Wendung zum Bewußtsein gekommen. Wenn Deutschland überhaupt im Juli 1914 das Austreten Österreichs gegen Serbien zuließ, anstatt, wozu es wohl in der Lage gewesen wäre, die Kriegserklärung an Serbien einfach zu verbieten, so rührt das einzig und allein von dem festen Glauben der deutschen Staatsmänner her, daß eine Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konflikts möglich sein werde. Unter dieser Voraussetzung mußte natürlich Deutschland ein diplomatischer Sieg seines Verbündeten über Serbien, der die wankende Stellung Österreichs auf dem Balkan merklich gestärkt haben würde, nur erwünscht sein. Daß Deutschland sich in dieser Annahme täuschte, daß eine Lokalisierung des Konflikts nicht möglich war, das geht eben letzten Endes auf die zweideutige Haltung der englischen Regierung zurück. Frankreich und Rußland waren nämlich zum Eingreifen

nur deshalb entschlossen, weil sie mit der englischen Hilfe rechneten, während Deutschland, das von den geheimen Abkommen zwischen Frankreich und Rußland nichts ahnte, eine solche Möglichkeit für ganz ausgeschlossen hielt und deshalb auf eine Stärkung des österreichischen Prestiges am Balkan hinarbeiten zu können glaubte, ohne den Weltfrieden zu gefährden. Will jener Egoismus, die von jeher die britische Diplomatie ausgezeichnet hat, verstand England es auch im Juli 1914, sich trotz der bestehenden Bindung an Frankreich noch weiterhin von Frankreich und Rußland umwerben zu lassen, und andererseits Deutschland in den Wahn zu wiegen, daß keinerlei Bindung zwischen England und Frankreich besteht, und daß es aus diesem Grunde ausgeschlossen sei, daß ein europäischer Konflikt entsteht. Der Sinn dieser Tat ist klar. Im Hintergrunde der englischen Pläne stand natürlich die Absicht, die kaum je so günstig wiederkehrende Gelegenheit zur Niederwerfung seines gefährlichsten Konkurrenten Deutschland zu benutzen und dabei nach Möglichkeit den anderen Konkurrenten Rußland zu erlebigen, und was etwa auf englischer Seite an dieser Entschlossenheit noch fehlte, würde ersetzt durch die Erwägung, daß England nicht noch einmal wie im Jahre 1900 bei der bosnischen Krise Rußland im Stich lassen konnte, ohne sich dem Vorwurf des Verrats vor russischer Seite aussetzen und damit die gesamten Ereignisse der russophilen Politik in Frage zu stellen. Eine einzige offene Erklärung Englands, daß es sich auf Seiten Rußlands und Frankreichs stellt, würde Deutschland schon viel früher zum Rückweichen veranlaßt haben. Der klarste Beweis dafür liegt darin, daß von dem Tage an, an dem Deutschland mit der Möglichkeit eines englischen Eingreifens rechnen zu müssen glaubte, nämlich vom 28. Juli an, von Berlin auch alles, aber auch alles getan wurde, um den Frieden zu erhalten. Als einen nicht minder wichtigen Schritt in der Schuldfrage wird man die beiden die von dem deutschen Reichsminister Dr. Brücker in Frankfurt a. M. gehaltene Rede „Unser Recht“ bezeichnen können, in der Brücker klarlegt, daß wir durch die Vorkriegsverhandlungen ein Recht auf die Durchführung der Wilsonschen Punkte erworben hatten, um dieses Recht

aber in Verfallenes in knappester Weise betrogen worden sind. Nach dem Doppelverwecheln im Oktober-November 1918 zwischen der Deutschen Regierung und Wilson war Deutschland lediglich zur Wiedergutmachung der der Zivilbevölkerung in den feindlichen Ländern entstandenen Schäden verpflichtet, die von sachverständiger Seite auf höchstens 80 Milliarden Goldmark geschätzt wurden. Mit der ihm eigenen diplomatischen Weitsicht hatte Clemenceau es verstanden, diese gar nicht zur Sache gehörigen Punkte in die Vorkriegsverhandlungen hineinzubringen. Nun handelt es sich für die Franzosen und auch für Lloyd George, der ebenso wie Clemenceau seinem Volke versprochen hatte, daß Deutschland „alles bezahlen“ werde, darum, aus dieser Bestimmung einen Ersatz der ganzen Kriegskosten zu stipulieren. Dabei stießen die französischen Delegierten auf den Widerstand der Amerikaner, und im Anfang schien es, als sei ein Kompromiß zwischen den beiden Auffassungen unmöglich. Da griff der vielgewandte Lloyd George ein und zwar, indem er charakteristischerweise an die angelsächsischen Sentimentalität appellierte. Er wies darauf hin, es sei moralisch unmöglich, für eine perfide Vorgehensweise Ersatz zu verlangen, dagegen die Tränen der Witwen und Waisen und den Jammer der Verarmten unberücksichtigt zu lassen. Diese Rattenfängermetodie erwidert prompt die Dabjucht sämtlicher Entente-Vertreter. Es wurde also beschlossen, daß Deutschland auch die Zahlung der Pensionen für die Invaliden und Kriegswitwen tragen solle, und gerade durch diese lauschkurartige Bestimmung ist Deutschland mit der unechtesten finanziellen Bestimmungen des Versailler Diktates belastet worden, die den Rest der Selbstständigkeit Deutschlands vernichten, Deutschland seiner Souveränität berauben und uns an den Rand des Abgrundes gebracht haben, an dem wir heute stehen. Es ist dringend wünschenswert, daß das deutsche Volk sich immer wieder klar darüber wird, wie man ihm den Versailler Vertrag unter Bruch förmlicher Verbindungen einfach bittiert hat, und wie wenig moralisch bindende Kraft ein derartig erlogener, erlittener und erprehter Vertrag hat.

# Wähler-Versammlung!

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr im Saale des Fremdenhof Engel.

# Vortrag von Herrn Dr. jur. Eberle

Vors. des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, der Giroverbände Sächsischer Gemeinden und der Kreditbriefanstalt Sächsischer Gemeinden, deutschnationaler Landtagskandidat an 2. Stelle

# Thema: Der Grund unserer Not und der Weg zur Hilfe.

Hierzu wird ergebenst eingeladen, insbesondere der gesamte Mittelstand, Handel und Gewerbe, Beamte, Angestellte und Arbeiter. Deutschnationaler Volksverein für Aue, Erzgeb. und Umgegend.

**Jedermann** kann sofort den aussichtsreichen **Kraftwagenführerberuf** erlernen. Verlangen Sie kostenlos Prospekt von der **Automobil-Lehranstalt Hugo Mäye**, Halle a. Sa., Merseburgerstraße 95 a.

**Damenhalbschuhe u. Stiefel, Herrenschuhwerk, Kinderstiefel.** Nr. 31-35, 36-42. **Silapanstoff** für Herren, Damen u. Kinder, Kamelhaarschuhe u. -Stiefel, Turnschuhe mit Gummisohlen sowie alle anderen Artikel kaufen Sie in nur konkurrenzlosen Qualitäten zu soliden Preisen bei:

**Ernst Korbinsth,** Schuhhaus, Reichsstr. 12. **Zöpfe** färbt u. repariert billigst in kürzester Zeit **Stern & Gauger** Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Bettendorferstr. 48, am Bettendorferplatz



**Je dünner je besser**  
heißt es beim Auftragen von **Nigrin** auf die **Schuhe**, denn es ist sehr ausgiebig.

Neu! Die Neu! **Nestle-Dauerwelle**  
das angenehme, volle, natürliche krause und waschbare Frisierhaar ist zur Gesundheit der Haare und zu jeder Frisur sehr günstig. — **Zirka ein Jahr haltbar.** **W. Müller, Aue, Schneeberger Str. 24.**

**Achtung! Achtung! Achtung!**  
**Wer bezahlt die höchsten Preise für Lumpen, Papier, Flaschen, Alt-Eisen und Metalle?**  
**Richard Spiegel, Aue, Auerhammerstraße 25.**

**Wohnhaus in Aue**  
zu kaufen gesucht. Schöne 6-Zimmer-Wohnung steht zum Tausch zur Verfügung. Angebote unter „A. T. 5021“ an das Auer Tagblatt erbeten.

**Dipl.-Ingenieur** sucht möbl. Zimmer  
Angebote u. „A. T. 5024“ an das Auer Tagblatt erbeten.

**Gesichts-Gausschlag**  
Sucht lächeligen, zuverlässigen **1. od. 2. Baf.** Schriftl. Angeb. unt. „A. T. 5009“ an die Geschäftsst. d. Bl. erbet.

**Unabhäng. Frau oder Fräulein**  
zu häuslichen Verrichtungen einige Stunden vormittags gesucht. Frau Math. Leonhardt, Bismarckstraße 11.

**Lumpen, Knochen, Altpapier, Alteisern, Altmetalle**, sowie alle Arten **Metalle** tauscht zu höchsten Tagespreisen **Max Behner**, Reichsstr. 9.

**Zickelfelle**  
Iow. Blegen, Salzer, Kaminfelle usw. tauscht zu höchsten Preisen **Paul Fiser, Aue Ernst-Papst-Str. 4.**

**3 j. Hunde** billig zu verkaufen. **Friedrich-Aug.-Str. 5.**

**Guter Verdienst** durch Verkauf von Schürzen, Unterarten und Taschentüchern an Privats. Enden nicht nötig. 10-15000 Mk. erforderlich. Off. Schließfach 22, Dresden 24.

**Renderrudlad** mit Werkzeug von Behner gut bis Friedhof verloren. Bitte abzugeben **Schwarzberger Str. 35, 2. St.**

**Gebr. Fahrrad** ohne Preislauf zu verkaufen. **Wettinerstraße 19, part.**

**Gasth. Brünnaßberg, Aue.** Donnerstag, 26. Okt., von abends 7 Uhr ab **Ergebnist label ein** **Heinrich Bauer.**

**! Nähmaschinen!** für Industrie und Hausbedarf, **Kraftanlagen, Fahrräder** erstklassige Fabrikate, **Hilfsmotore**, das Ein- und Umbauen in die Mitte des Rahmens. **Sämtliche Ersatzteile** empfiehlt **Robert Morgner, Aue, Fernspr. 641.**

**Künstlerische Entwürfe = Holzsnitte Retuschen Galvanos**  
**Kischees** fertigt **KAMachleb** Vereinigte Chemigraphische Kunstanstalten Chemnitz, Theaterstr. 12, Telef. 3671. Zweiggeschäft: Gartenstr. 9/11 Filiale Aue / Erzgeb. Wettinerstr. 42

**Für ausgekämmtes Frauenhaar** (Wierhaar) zahlen per Kilo 700-800 Mkt. **Stern & Gauger**, Perückenfabrik und Haar-Großhandlung, Aue, Wettinerstr. 48.

# Carolatheater - Lichtspiele.

**Donnerstag bis Sonntag!** Auf allgemeinem Wunsch der große zweiteilige Abenteuer-Schlager: **„Das Zimmer mit den 7 Türen“**. Erster Teil: **Der Schatz der Inka**. Abenteuer-Schauspiel in 6 Akten. Mitwirkende: **Prisca Laredo (Fräulein Liesbeth Reupert, Aue)** Hedda Vernon, Gerda Frey, Paul Senden, Retzbach-Erasimy, Gustav May u.a.m. Hierzu der romantische Monumental-Abenteuer-Film **„William Ratcliff“**. Tragödie in 5 Akten nach dem gleichnamigen Bühnenwerk v. Heinrich Heine. In den Hauptrollen: **Die erfolgreichsten österreichischen Filmstarsteller**. **Zur gefl. Beachtung!** Ab Montag, den 30. Oktober: 2. Teil aus: **Das Zimmer mit den 7 Türen**. Hierzu der neueste Meisterfilm der **Zelnick-Mara-Produktion**. Wochentags täglich 2 Vorstellungen 6 u. 1/29 Uhr. Kassenöffnung ab 1/6 Uhr.

**Großes Zither- und Mandolinen-Konzert** des Vereins **„Zitherkranz“ - Aue** Mitwirkender Solist: **Zither-Virtuose Hans Groll, Crimmitschau** **Freitag, den 27. Oktober, abend 8 Uhr** im Saale des Restaurant **Bürgergarten - Aue.** Num. Platz 30.- M., unnum. Platz 25.- M. — Saal ist geheizt.

# Handwerker, Kaufleute, Beamte, Angestellte! Alle zum Vortrag des Mittelstandsführers Dr. jur. Eberle am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Engel-Saale.